

7.3 Die Erbengemeinschaft – der vorprogrammierte Erbstreit

Meist wird der Verstorbene nicht von einem Alleinerben, sondern von zwei oder mehreren Erben beerbt. Bei einem guten familiären Einverständnis mag eine solche Erbengemeinschaft z. B. in der Fortführung eines Betriebes oder in der Verwaltung eines Mietgrundstücks über Jahrzehnte hinweg zum gegenseitigen Nutzen fortbestehen. Die Praxis aber zeigt, dass unter Miterben Streit fast immer vorprogrammiert ist.

Die Verwaltung des Nachlasses

Verwaltung und Geschäftsführung stehen im Grundsatz allen Miterben zu. Ein Erbe möchte den Nachlass zusammenhalten, der andere so rasch wie möglich versilbern. Viele Miterben kümmern sich nicht um die Verwaltung des Nachlasses, einige versuchen querulatorisch die eigenen Vorstellungen den anderen Miterben aufzuzwingen. Erbengemeinschaften sind also in einem hohen Maße geeignet, Unfrieden zu stiften.

Wer verwaltet den Nachlass?

- Außerordentliche Verwaltungsmaßnahmen, die für den Nachlass eine erhebliche wirtschaftliche Bedeutung haben, bedürfen der Einstimmigkeit der Miterben. Das betrifft etwa die Veräußerung eines Grundstücks, eine Klage auf Aufhebung des Mietverhältnisses oder die Räumung und Herausgabe einer vermieteten Wohnung.
- Maßnahmen der ordnungsgemäßen Verwaltung, die aus der Sicht eines vernünftigen und wirtschaftlich denkenden Betrachters dem Nachlassgegenstand gerecht werden und den Nachlassbestand nicht gefährden, können mit Stimmenmehrheit beschlossen werden. Hierzu zählen etwa Baumaßnahmen auf einem Grundstück, Einziehung von Forderungen, Kapitalanlage bis zur Teilung des Nachlasses, Begleichung von Nachlassschulden, Auszahlung von Pflichtteilsansprüchen, Reparaturen und Instandhaltungsmaßnahmen, soweit sie aus Nachlassmitteln beglichen werden können, Vermietung und Verpachtung von Nachlassgegenständen.

Gilt unter Miterben das Mehrheitsprinzip?

Bei der Berechnung der Stimmenmehrheit wird die Größe der den einzelnen Miterben zustehenden Erbteile berücksichtigt. Es wird nicht nach Köpfen abgestimmt. Bei der Verwaltung des Erbes können sich dabei erhebliche Schwierigkeiten ergeben.

Beispiel: Ein Witwer, dem nach der gesetzlichen Erbfolge die Hälfte des Nachlasses zusteht, und seine beiden Kinder, die zusammen die andere Hälfte erhalten, sind schnell handlungsunfähig, wenn der Vater auf seiner Meinung beharrt und die Kinder seinen Maßnahmen widersprechen.

Mitwirkungspflicht der Miterben

Jeder Miterbe muss mitwirken Jeder Miterbe ist den anderen gegenüber verpflichtet, bei „ordnungsgemäßen Verwaltungsmaßnahmen“ der Erbengemeinschaft mitzuwirken. Weigert sich ein Miterbe, seine Zustimmung zu erteilen, kann jeder andere Miterbe mit Aussicht auf Erfolg beim Gericht Klage einreichen. Entsteht den anderen Miterben durch die Weigerung ein Schaden, so können diese Ersatz verlangen.

Expertentipp: Eine Erbengemeinschaft sollte einen Miterben, der das Vertrauen aller anderen genießt, mit der Verwaltung des Nachlasses beauftragen. Die Erben ersparen sich dadurch häufige Treffen, kleinliche Streitereien und langwierige Debatten über Einzelmaßnahmen.

Die Teilung des Nachlasses

Bei Streit droht die Teilungsversteigerung Der Gesetzgeber sieht eine reale Teilung des Nachlasses entsprechend den Erbquoten vor. Da dies z. B. bei Immobilien nicht unmittelbar umgesetzt werden kann, müssen diese mittels Verkauf oder sogar Teilungsversteigerung „versilbert“ werden. Nicht selten wird hierdurch Familienvermögen sinnlos zerschlagen. Dem Testierenden stehen aber verschiedene Gestaltungsmittel zur Verfügung, mit der das Konfliktpotenzial einer Erbengemeinschaft entschärft werden kann.

Ausschluss der Auseinandersetzung

Der Erblasser kann die Auseinandersetzung für den Nachlass insgesamt oder über einzelne Nachlassgegenstände ausschließen. Diese Anordnung des Erblassers wird aber spätestens 30 Jahre nach Eintritt des Erbfalls unwirksam. Sind sich die Miterben einig, können sie sich gemeinschaftlich über einen Teilungsausschluss des Erblassers hinwegsetzen. Will der Erblasser dies verhindern, muss er eine Testamentsvollstreckung anordnen.

Teilungsanordnungen des Erblassers

Kann der Erblasser Vorgaben für die Teilung machen? Der Erblasser kann im Testament Teilungsanordnungen treffen, das heißt, er nimmt – nachdem er zunächst die Erben und deren Erbquoten festgelegt hat – eine gegenständliche Verteilung von Nachlassobjekten und -werten vor.

Anordnung einer Testamentsvollstreckung

Eine Testamentsvollstreckung kann sich für die Verwaltung und Teilung des Nachlasses Streit schlichtend auswirken. Als Testamentsvollstrecker sollte der Erblasser nur eine vertrauenswürdige, fachlich kompetente Person auswählen und deren Rechte und Pflichten eindeutig festlegen.

Streitschlichtung durch den Testamentsvollstrecker

Anordnung eines Schiedsverfahrens

Um Streitigkeiten über die Nachlassauseinandersetzung schon im Ansatz zu ersticken, kann der Erblasser auch ein Schiedsverfahren anordnen. Ein solches Verfahren ist im Vergleich zu Prozessen vor staatlichen Gerichten meist deutlich schneller beendet. Oft haben Schiedssprüche auch eine höhere Akzeptanz als gerichtliche Urteile.

Was ein Erbrechtsexperte für Erbengemeinschaften und ihre Mitglieder tun kann:

- Beratung des Erblassers, wie Streit unter Angehörigen und Erben zu vermeiden ist
- Beratung der Erbengemeinschaft bei der Durchsetzung ihrer Rechte im Rahmen der Nachlassverwaltung und Nachlassteilung
- Schlichtung von Streit
- Vertretung von Erben bei gerichtlichen Auseinandersetzungen

Erbrechtsexperten helfen Streit unter Miterben zu vermeiden